

**Öffentliche Sitzung**  
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses/Bau- und  
 Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 14.12.2022  
 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 15:33 Uhr

Ende: 16:38 Uhr

**Anwesend:**

**Verwaltung**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold  
 Herr Erster Bürgermeister Christian Baron  
 Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth  
 Herr Stadtrat Alfred Baumhauer  
 Herr Stadtrat Martin Bläse  
 Frau Stadträtin Dorothea Feuerle ab 15:50 Uhr.  
 Herr Stadtrat Helmut Geiger  
 Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt  
 Herr Stadtrat Thomas Kaiser ab 15:46 Uhr.  
 Herr Stadtrat Christian Krieg  
 Herr Stadtrat Thomas Maihöfer  
 Herr Stadtrat Christof Preiß  
 Herr Stadtrat Paul Schneider  
 Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok  
 Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger  
 Herr Stadtrat Karl Miller ab 15:49 Uhr.  
 Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld ab 15:38 Uhr.  
 Frau Stadträtin Gertraude von Streit

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck  
 Frau Stadträtin Sigrid Heusel  
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab ab 15:49 Uhr.  
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle ab 15:42 Uhr.

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk  
**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**  
 Frau Stadträtin Karin Rauscher  
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
 Streit ab 15:38 Uhr.

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele  
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski ab 15:54 Uhr.

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer ab 16:16 Uhr.

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Frau Melanie Bihlmaier

Herr Zeno Bouillon

Herr Helmuth Caesar

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Frau Franka Zanek

**Abwesend:****CDU**

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

**Die Linke**

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

## Tagesordnung

=====

- 1** Änderung der Hauptsatzung  
hier: Klima-, Energie- und Bauausschuss
- 2** Erweiterung Kinderhaus „Emerland“ in Straßdorf um zwei Naturgruppen zur Schaffung eines zusätzlichen Betreuungsangebotes für Kinder ab drei Jahren und Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung
- 3** Lebenswerte Innenstadt: Das Herz von Schwäbisch Gmünd/Bausteine einer intakten Altstadt
- 4** Satzungsbeschluss über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Abs.1 Nr. 2 BauGB für den Bereich „Johannis-, Markt- und Münsterplatz“ (Vorkaufsrechtsatzung)
- 5** Regionalplanfortschreibung Ostwürttemberg 2035  
- Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Ostwürttemberg 2035
- 6** Bekanntgaben
- 7** Anfragen
  - 7.1** Erfahrungsbericht Parkkonzept
  - 7.2** Unfallschwerpunkt Schulstraße

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Änderung der Hauptsatzung**  
**hier: Klima-, Energie- und Bauausschuss**  
**Vorlage: 190/2022**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein. Man wolle bis 2035 klimaneutral sein, daher wolle man den Klima-, Energie und Bauausschuss (KEBA) einführen.

Frau Zaneck führt aus, dass viele Themen mit dem Bau- und Umweltschutz verbunden seien, die Themen sollen stärker unter den Gesichtspunkten Klimaschutz und -anpassung betrachtet werden. Parallel dazu habe man die interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, diese werde zusätzlich begleiten.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich, ein Ausschuss sei ok. Man benenne den Bau- und Umweltausschuss (BUA) in KEBA um, aktuell habe man Umwelt mit drin, künftig wolle man Klima und Energie als ersten Punkt benennen. Wie man dort hinkomme, sei mit der Umbenennung nicht erreicht. Die Belastung des BUA sei bereits jetzt extrem hoch, daher sei die Frage, wie man das meistere. Halte man doppelt so viele Sitzungen ab oder würden diese doppelt so lange gehen? Man solle prüfen, ob der BUA auch etwas an einen anderen Ausschuss abgeben könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man nochmal prüfen müsse, was an den Verwaltungsausschuss (VA) abgegeben werden könne. Hier sei man dran. Die Häufigkeit müsse nicht zunehmen, man müsse es pointierter angehen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, die gesetzten Ziele noch in die Vorlage mit aufzunehmen.

Oberbürgermeister Arnold ist zuversichtlich, dass man einen Weg für die Umsetzung finde.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Ziel, die Sitzungen zu straffen nicht gelingen werde, da das Thema sehr komplex und breit sei. Die Themen habe man bereits andiskutiert und angerissen, man habe aber zu wenig Zeit. Man müsse sich mehr Zeit nehmen, um die Sachen ausreichend zu diskutieren. Man müsse nicht jede Anschaffung im BUA diskutieren. Ein wichtiger Punkt sei, dass man Empfehlungen für die Klimarelevanz bekommen. Andere Städte hätten einen Klimabutton. Es sei wichtig, dass die Vorlagen auch entsprechend vorbereitet werden würden. Es sei eine Stelle im Klimaamt ausgeschrieben, dies sei positiv. Man brauche dort mehr Leute, aber das Klimaamt könne die Vorlagen dann auch nochmals anders anschauen

und im Hinblick auf die Klimabilanz aufbereiten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man prüfen werde, was machbar sei.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass neben der Klimaanpassung auch der Klimaschutz wichtig sei. Man müsse bei den Begrifflichkeiten aufpassen, zuallererst müsse der Klimaschutz betrieben werden. Konkret zur Satzungsänderung äußert er, dass es für seine Fraktion, die die Änderung ein Stück weit mit angestoßen habe, ein gangbarer Weg sei. Nach 1,5 Jahren werde man es evaluieren müssen. Man habe im BUA eine hohe Beanspruchung. Er regt an, die Sprecher des Klimarates mit beratender Stimme einzubinden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Anregung, die man aufnehmen werde. Zur Belastung äußert er, dass man auch während der Landesgartenschau und Remstalgartenschau eine hohe Arbeitsbelastung gehabt habe, im Nachhinein sei dies sehr positiv.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass der KEBA nur ein Name sei. An erster Stelle ständen Klima- und Umweltfragen, an zweiter Stelle Energie. Erst an letzter Stelle das Bauen - und dies natürlich klimaneutral. Nur so könne er die Namensänderung verstehen, denn hier würden dann auch andere Ergebnisse herauskommen. Es wäre dann eine Kehrtwendung um 180 Grad. Nur dann sei man dabei. Zur Belastung äußert er, dass man vier Fraktionen habe, die nur mit einer Person vertreten seien.

Oberbürgermeister Arnold zeigt sich offen, aus KEBA einen KUEBA zu machen. Die Fraktionen sollen sich einigen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen verweist auf § 8 der aktuellen Hauptsatzung. Es sei eine Frage, was man unter Umweltschutz verstehe, aus ihrer Sicht könne man alles darunter subsumieren. Wenn man es als weiten Begriff sehe, hätte man es gar nicht gebraucht. Es sei eine Tendenz, sämtliche Generalklauseln aufzuheben. Man sei in einem Abwägungsprozess und man habe so viel gemacht, bspw. auch mit Amt 11 sowie mit der Gründung von Arbeitskreisen und Gruppierungen. Beim Verwaltungsausschuss sehe sie die Tendenz, dass die Aufgaben verschmälert werden, er tage nicht mehr so oft. § 9 der Hauptsatzung beinhalte die gemeinsame Zuständigkeit. Es seien viele Bereiche, die in die Städteplanung eingreifen. Dies müsse man auch umsetzen, der Verwaltungsausschuss sei in letzter Zeit außen vor gewesen. Die Arbeitsbelastung nehme zu, aber der Verwaltungsausschuss gehöre auch mit dazu, der nicht an Bedeutung verlieren solle.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Hinweise, daher tage heute der VA/BUA zu dem Thema. Man müsse schauen, wo die Linie gezogen werden könne.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass das Klima in den Vordergrund gerückt werde. Man müsse nicht erst die Bemühungen der Last Generation anschauen, um die gesellschaftlichen Auswirkungen zu sehen. Was der Ausschuss daraus mache, werde man sehen. Man solle nun einfach mal starten.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet ebenfalls, dass man starten und schauen solle, wie es sich entwickle.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Erweiterung Kinderhaus „Emerland“ in Straßdorf um zwei Naturgruppen zur Schaffung eines zusätzlichen Betreuungsangebotes für Kinder ab drei Jahren und Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung  
Vorlage: 220/2022**

**Protokoll:**

Herr Arnholdt erläutert den Sachverhalt. Er ergänzt, dass man den Fußweg beleuchten werde, da dies dem Ortschaftsrat wichtig gewesen sei.

Stadtrat Ihlenfeldt/CDU äußert, dass sich der Ortschaftsrat dafür ausgesprochen habe. Künftig solle man vorausschauender planen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er das städtebauliche Konzept vermisst habe, in das es eingebunden sei. Der Kindergarten befinde sich mitten im Einfamilienhausgebiet. Man müsse dann die Gesamtplanung ändern. Er erkundigt sich, was Naturkindergarten bedeute.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es nächste Woche präsentieren werde.

Herr Arnholdt äußert, dass es die Betriebsform sei. Es sei keine Betriebserlaubnis für eine Regelkita, sondern der pädagogische Schwerpunkt liege in der Arbeit in der Natur und im Freien.

Stadträtin Heusel/SPD signalisiert Zustimmung. Sie bittet darum, künftig die Präsentation anzuhängen, damit man sich es vorab anschauen könne. Sie erkundigt sich, welche Gründe zur Verschiebung der Maßnahmen geführt hätten, v.a. beim Haus Kunterbunt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Haus Kunterbunt geplant gewesen sei. Es habe sich herauskristallisiert, dass man die Planung so nicht realisieren könne. Man habe es dann umgeplant. Aktuell sei man so weit, dass sich Herr Arnholdt, Herr Piazza und er mit den Elternvertretern getroffen und durchgesprochen hätten. Die Kita werde im August 2023 umziehen in den Technologiepark Krähe. Der Technologiepark müsse bis dahin fertig sein. Die VGW kümmere sich derzeit darum. Danach werde die Kita abgerissen und neu gebaut. Die Eltern seien in den Prozess eingebunden, das nächste Treffen finde im Frühjahr statt. Wichtig sei die Transparenz.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Kita Pfiffikus.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er auch hier mit Elternvertretern gesprochen habe. Das Provisorium werde im Anschluss vom Kindergarten Pfiffikus genutzt.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass der Bedarf da sei und es gut sei, dass man diesen decke. Er erkundigt sich, wie es künftig geplant sei und wie man die Zugänge zur Natur gewährleiste. Die Erreichbarkeit über den Weg sei eine gute Sache. Er regt an, die Beleuchtung mit Bewegungsmelder zu machen. Außerdem erkundigt er sich nach dem Spielbereich.

Herr Hackner antwortet, dass das Konzept genau in die Gesamtkonzeption reinpasse. Er erläutert die Konzeption, man opfere für den Kindergarten einen Bauplatz, könne den Bauplatz aber auch wieder veräußern. Im Plan seien die künftigen Gebäude rot und der aktuelle Bestand gelb eingefärbt.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass man Straßdorf besuchen werde. Man finde es gut, dass es ein rotierendes Element und nicht festgefahren sei. Für Mitarbeiter sei der Umzug eine große Arbeit, dass sie es machen würden, müsse man unterstützen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Darstellung. Man solle loslegen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 3      Lebenswerte Innenstadt: Das Herz von Schwäbisch Gmünd/Bausteine einer intakten Altstadt**  
**Vorlage: 222/2022**

**Protokoll:**

Herr Hackner stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Es sei mit Geld verbunden, die Stadt müsse vorangehen. Er hätte sich gewünscht, das Schwörhaus ebenfalls mit aufzunehmen. Das Thema PV in der Innenstadt sei sehr sensibel. Bei den Leerständen müsse besser gearbeitet werden. Beim Parler-Markt sei alles leer. Hier müsse härter gearbeitet werden. Bewohner der Innenstadt müssten mit Lärm umgehen können. Leute, die das nicht wollen, hätten nicht in die Innenstadt ziehen dürfen. Beim Anwohnerparken müsse man besser herangehen. Die Studenten sollten außerdem auch Wohnraum in der Innenstadt haben. Zum Thema Wissenskultur äußert er, dass der Prediger mit einer Stimme Mehrheit nicht abgerissen worden sei. Es dürfe nicht passieren, dass so etwas abgerissen werde. Dass die Stadt ein Vorkaufsrecht habe, sei ein wichtiges Element.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man es angehen wolle. Es gehe nicht nur um die Bauten, die die Seele der Stadt seien. Daher gehöre auch das Thema Kultur dazu. Man müsse die Instrumente schaffen.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag, es sei ein guter erster Aufschlag. Es seien viele gute Maßnahmen enthalten. Sie habe es als Arbeitsgrundlage für den nächsten Tagesordnungspunkt bewertet. Sie regt an, die grüne Urbanität als fünften Arbeitsbereich mit aufzunehmen. Dies sei in der Auflistung zu kurz gekommen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass man zufrieden sei. Er erinnert an den Antrag lebenswerte Altstadt, viel sei umgesetzt worden. Viele Dinge seien noch in der Pipeline, wie es weitergehe. Die Digitalisierung und Dekarbonisierung seien wichtig. Er erkundigt sich nach dem effektiven Mehrwert der Vorlage.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es als Einleitung zu TOP 4 ausgearbeitet habe.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE findet es wichtig, die Innenstadt zu diskutieren. An die Innenstadt gebe es verschiedene Erwartungen von verschiedener Seite, es müsse auch konzeptionell hinterlegt sein. Die grüne Urbanität könne man ergänzen. Ein wesentliches Element, die Mobilität, fehle jedoch. Neben den bereits behandelten Themen Wissenskultur, Esskultur usw. gehe es auch immer darum, die Mobilität mitzudenken und sich zu fragen, ob überall alle Mobilitätsteile mitgedacht werden müssten oder ob man bestimmte Bereiche für bestimmte Mobilitätsteilnehmer ausschließe. Es sei bereits Einiges in Umsetzung, man solle nochmals prüfen und ggf. ergänzen. Die Fußgänger würden sich oft an einer Mischung stören, daher sei die Frage, ob man regulativ eingreife, es müsse aber in den Gesamtkontext passen. In Kombination mit der grünen Urbanität sei es eine gute Sache.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für das Konzept. Die Bausteine seien thematisch sehr umfassend. Sie erkundigt sich wie der weitere Einstieg funktioniere und wie man sich dem Thema allgemein zuwende. Die Verwaltung solle die einzelnen Schritte ergreifen - nicht nur als Generalauftrag, sondern die Gemeinderäte mit einbinden. Es sei eine Rahmenplanung. Außerdem bittet sie um eine Zusammenstellung bezüglich der Fördermittel. Im Frühjahr habe man die Fördermittel des Bundes diskutiert, sie erkundigt sich, ob hier etwas mit einfließe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es im Wesentlichen um Räume gehe, die man in der Innenstadt habe. Damit verbunden seien weitere Schritte, die man dann angehe. Über diese werde man informieren.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bittet darum den denkmalpflegerischen Wertepan auf den aktuellen Stand zu bringen.

Herr Hackner antwortet, dass dieser so genehmigt worden sei. Daher stelle dieser noch den alten Bestand dar.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass man die Gesamtanlage genehmigt bekommen habe.



Herr Hackner antwortet, dass man es intern überlagern könne. Der Plan gelte wie ein Bebauungsplan.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es sei gut, wenn man sich eine Leitlinie gebe. Viele Personen würden die Ledergasse und den Stadtgarten gut finden. Bei der Franziskaner-Gasse bekomme man Angst, welche Leerstände vorhanden seien. In die Überlegungen müsste auch die Umfrage der HfG-Studierenden mit einbezogen werden. Man könne nicht sagen, dass alles toll sei. Es gebe nicht mehr so viele eigentümergeführte Geschäfte. Es gebe Optiker, Bäcker und Hörgeräteakustiker. Es wäre gut, wenn eine breitere Durchmischung vorhanden wäre.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man schon sehr viel mache, die Stadt aber nicht die Läden betreiben könne. Man habe einen kulturellen Wandel, man schaffe die Anreize und Rahmenbedingungen. Der Stadt seien die Hände gebunden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet es nicht entscheidend, ob man die Unterelemente von Bausteinen als eigene Bausteine betrachte. Die Maßnahmen müssten sich auch an der Umsetzbarkeit messen lassen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4      Satzungsbeschluss über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Abs.1 Nr. 2 BauGB für den Bereich „Johannis-, Markt- und Münsterplatz“ (Vorkaufrechtsatzung)**  
**Vorlage: 223/2022**

**Protokoll:**

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man müsse vorsichtig sein, wenn man regulierend eingreife. Die Plätze hätten eine besondere Bedeutung. Es gehe um die Altstadt, diese sei seit Jahrhunderten gewachsen und diese solle erhalten bleiben. Daher sei es richtig, hier steuernd einzugreifen. Er finde es im beschränkten Bereich gut. Man solle es aber nicht ausweiten, da die Verwaltung nicht alles machen könne. Man müsse nicht, aber man sollte können, wenn man müsse. Manchmal verzweifelte man, es sei auch etwas, was den ein oder anderen in Gesprächen veranlasse, über Pacht nachzudenken.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Fraktion sowohl Chancen als auch Risiken sehe. Der Geltungsbereich sei genau richtig definiert. Ältere Leute würden Kaufverträge auf Basis von Gegengeschäften, bspw. Einkaufen gehen, machen. Wie gehe man vor, wenn der Kaufpreis deutlich unter dem Marktpreis liege?

Herr Hackner antwortet, dass es ein angemessener Preis sein müsse. Man müsse dann ein Verkehrswertgutachten machen lassen. Es könne auch eine Bindung mit einem Leibgeding oder Nießbrauch sein, man müsse alles entsprechend bewerten.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Dienstbarkeiten oftmals keine Vertragsbestandteile seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies im Einzelfall betrachten müsse.

Stadtrat Zengerle/SPD ist der Auffassung, dass der Beschluss richtig und sinnvoll sei. In der Kornhausstraße sei nur eine Seite vorgesehen, die östliche Seite sei nicht berücksichtigt worden.

Herr Hackner äußert, dass man es nochmals prüfe.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE signalisiert Zustimmung. Er erkundigt sich, ob der Gemeinderat einbezogen werde.

Herr Hackner antwortet, dass der Gemeinderat der Ausübung des Vorkaufsrechts zustimmen müsse.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass es ein wichtiges Instrument sei. Man habe ein rechtliches Mittel, warum man das Vorkaufsrecht ausübe. Sie erkundigt sich, ob das Sanierungsgebiet identisch sei oder ob es Abweichungen gebe.

Herr Hackner antwortet, dass man beim Marktplatz 6 überlappend sei.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass es ein tolles Gefühl sei, zu sagen, man könne, aber müsse nicht. Es hänge von den finanziellen Mitteln ab. Er befürchte daher, dass man es nicht vollumfassend ausüben könne, es bleibe aber abzuwarten und man hoffe, dass es sinnvoll eingesetzt worden sei.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass das Vorkaufsrecht noch nicht gelte. Es sei ein wichtiges Instrument, um steuernd einzugreifen. Das Vorkaufsrecht solle man daher durchaus großzügiger anwenden.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Regionalplanfortschreibung Ostwürttemberg 2035**  
**- Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Ostwürttemberg 2035**  
**Vorlage: 225/2022**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass die Gewerbeschwerpunkte vorwiegend an der A7 liegen würden, in Schwäbisch Gmünd sei sehr wenig berücksichtigt. Dies sei für die Zukunft nicht ideal, um Arbeitsplätze zu schaffen. Er erkundigt sich nach den Siedlungsschwerpunkten in den Teilorten.

Herr Hackner antwortet, dass der Durchschnitt korrekt sei.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich eines weiteren Bahnhalts. Außerdem regt er an, die Buchauffahrt ebenfalls entsprechend zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Buchauffahrt weitergeben werde.

Frau Zaneck führt aus, dass der Bahnhof Ost sowie Aalen West gesetzt sei. Man sei derzeit an Detailuntersuchungen für Hussenhofen und der Graf-von-Soden-Straße. Es müssten weitere Aspekte mit einbezogen werden.

Stadtrat Kaiser/CDU bittet darum, auch die PH und das Berufsschulzentrum zu berücksichtigen. Es seien viele Leute, die einpendeln würden. In Hussenhofen würden mehr ein- als auspendeln. Man gewinne viele Leute, die es gewohnt seien, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die herausgenommenen Gebiete auch an den Regionalverband gemeldet worden seien. Sie erkundigt sich außerdem, warum man die Definition von Aspen ändere und wie die neue Formulierung sei.

Herr Hackner antwortet, dass man derzeit dabei sei, den Aspen-Vorentwurf weiter zu bringen, den man auslegen wolle. Man müsse eine Nutzung formulieren. Hier habe man mit dem Regierungspräsidium gesprochen, man brauche eine detailliertere Liste. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werde man die Definition gemeinsam machen. Alles unter dem Thema Nachhaltigkeit, damit man Klarheit bekomme.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man eine Kriterienliste zusammen mit dem Gemeinderat erarbeiten wolle.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, warum man vor der Stellungnahme nicht den Gemeinderat gehört habe und wann man Stellung nehmen dürfe. Er sei sehr unzufrieden mit dem Regionalplan. Er erkundigt sich nach den Vorranggebieten W3 und W4 und wo der Fahrradverkehr aufgenommen worden sei. Es komme nicht nur darauf an, was produziert werde und wie es produziert werde. Es wäre nicht ganz entscheidend, dass die Energieformen erneuerbar sein müssen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es im Gremium des Regionalverbandes beraten werde, in dem gewählte Vertreter entsandt worden seien. Man könne die Stellungnahmen gerne schriftlich einreichen.

Herr Hackner äußert, dass der Fahrradverkehr enthalten sei. Man müsse auf der Homepage des Regionalverbandes schauen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen hätte sich angesichts der Bedeutung mehr Zeit gewünscht. Man habe vier Mittelzentren, dahinter verbergen sich wichtige Entscheidungen. Man wolle weiterhin Oberzentrum sein. Man müsse sich mehr dafür sensibilisieren.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Das Zentralklinikum solle zwischen Möglingen und Essingen sein, da es ansonsten nicht dem Regionalplan entspreche.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 6      Bekanntgaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## **zu 7      Anfragen**

### **zu 7.1    Erfahrungsbericht Parkkonzept**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, wann der Erfahrungsbericht zum Parkkonzept komme, den man versprochen habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man diesen erstellen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 7.2 Unfallschwerpunkt Schulstraße**

### **Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich nach dem Unfallschwerpunkt in der Schulstraße.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es im Lichte des Alltags nochmals prüfen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: